

Schellenberg zeigt sich mehrfach «erstaunt»

Unverständnis In der Gemeinderatssitzung fielen deutliche Worte zu unterschiedlichen Themenkomplexen.

Auf die Information über die Deckungslücke in Höhe von 313,6 Millionen Franken bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal, bei der auch die Angestellten der Gemeinde Schellenberg pensionsversichert sind, reagierte der Gemeinderat mit «Entsetzen und Erstaunen», wie dem Gemeinderatsprotokoll vom 22. August zu entnehmen ist. Gemäss Schreiben vom 20. Juli 2012 beträgt die Deckungslücke per 1. Januar 2012 für die aktiv Versicherten und die Pensionsbezüger der Gemeinde Schellenberg 2,2 Millionen Franken. Die Gemeinde gelangt aufgrund dieser «verheerenden Missstände» zum Schluss, dass sie sich in dieser Frage von einem Pensionskassen-Experten beraten und verschiedene Strategien und Lösungsmöglichkeiten erarbeiten muss. Zudem plädiert sie dafür, die für dieses Debakel verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen.

«Gänzlich abstrus»

Das Bestreben, das Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) sowie des Gesetzes über die Alters- und

Hinterlassenenversicherung (AHVG) abzuändern, stösst vor allem in puncto Betreuungs- und Pflegegeld auf «Erstaunen und grosses Unverständnis». Gemeint ist die gängige Praxis, wonach Personen, die in Liechtenstein leben und ein Pflegegeld beziehen, während einer Ferienabwesenheit im Ausland kein Pflegegeld erhalten. Es erscheint fast unmenschlich, dass man Familien, die ein behindertes Kind oder ein anderes Familienmitglied betreuen und pflegen, nur dann in die Ferien fahren lässt, wenn sie entweder auf das Pflegegeld verzichten oder die Ferien im Inland verbringen. Gänzlich abstrus erscheint es dem Schellenberger Gemeinderat, wenn zum Beispiel eine Familie einen Elternteil pflegt und diese Person ab und zu ein Wochenende oder ein paar Tage bei einer Tochter oder einem Sohn im grenznahen Raum (Schweiz/Österreich) verbringt. Auch in diesem Fall bestünde für diese Tage kein Anspruch auf Pflegegeld. Schellenberg ist daran gelegen, in dieser Frage eine unbürokratische und praktikable Lösung ohne unnötig grossen administrativen Aufwand zu finden. (kid/pd)

